

Die Autonomie der Hochschule verteidigen!

Aufruf zur Unterstützung der Konferenz „We want our World back!“

Beispielloser Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit: Die Verwaltung der Universität Hamburg hat angekündigt, der am Osterwochenende im Audimax stattfindenden Konferenz „We want our World back“ aus politischen Gründen kurzfristig die Räume entziehen zu wollen.

Universitätspräsident Dr. Hauke Heekeren hat sein Amt erst letztes Jahr angetreten – möchte er seine Amtszeit wirklich in den Dienst politischer Zensur stellen? Das werden wir als Vertretung von über 40.000 Studierenden nicht akzeptieren!

Die Konferenz, zu der sich über 1.300 Menschen und weltberühmte Wissenschaftler wie John Holloway und Rednerinnen wie María de Jesús Patricio Martínez angekündigt haben, ist Teil der Reihe „Die kapitalistische Moderne herausfordern“. Bereits seit Jahren findet sie an der Universität Hamburg statt, zuletzt im Jahr 2017. Organisiert wird die Konferenz vom AStA der Universität Hamburg mit dem Network for an Alternative Quest. Die Teilnehmenden aus Wissenschaft, sozialen Bewegungen und der Hamburger Studierendenschaft diskutieren in Workshops und bei Podiumsveranstaltungen gemeinsam über drängende Fragen unserer Zeit wie die Klimakrise, Alternativen zum Kapitalismus oder patriarchale Gewalt. Um internationale Beteiligung zu ermöglichen, werden die Veranstaltungen der Konferenz simultan übersetzt in Englisch, Kurdisch, Deutsch, Türkisch, Italienisch, Spanisch und Arabisch: Die Verbindung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie der internationale Charakter sind in dieser Form einzigartig.

Unipräsident Hauke Heekeren scheint diesem Pluralismus keinen Wert beizumessen. Am 28. März hat seine Universitätsverwaltung die Nutzung der bereits lange im Voraus genehmigten Räume untersagt. Als Begründung wird eine Nachricht des „Verfassungsschutz“ angeführt, die der Konferenz „Extremismus“ attestiert. Während es in Hamburg bis heute keinen Untersuchungsausschuss zu den Verstrickungen zwischen dem „Verfassungsschutz“ und dem NSU gibt, maßt sich der gleiche Geheimdienst an, kritische Diskussionsveranstaltungen in eine terroristische Ecke zu rücken. Es ist ein Skandal ohnegleichen, dass die Universitätsverwaltung nicht die Souveränität der Universität verteidigt, sondern den Inlandsgeheimdienst entscheiden lässt, wer wissenschaftlicher Arbeit nachgehen darf und wer nicht. Wir sind entsetzt über diesen Angriff auf die Organe der studentischen Selbstverwaltung, die Autonomie der Wissenschaft und die Meinungsfreiheit im Allgemeinen. Der neue Unipräsident Heekeren täuscht sich, wenn er denkt, er könne folgenlos den wissenschaftlichen Diskurs an der Universität einschränken.

In seinem jüngsten Bericht warnt der Weltklimarat: „Die Zeitbombe tickt“. Das im Pariser Klimaabkommen festgelegte Ziel, die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, droht vermutlich schon in wenigen Jahren verfehlt zu werden. Als eine der Hauptursachen für die Klimakrise macht der Weltklimarat den fossilen Kapitalismus aus. Die Universität Hamburg verhindert nun eine der größten internationalen Konferenzen zum Thema in ihren Räumen – ausgerechnet jene Universität, die sich sonst gerne mit ihrem Exzellenzcluster „Climate, Climatic Change, and Society“ rühmt. Besonders bitter ist, dass an der geplanten Konferenz auch kurdische Redner*innen beteiligt sind, die zum Beispiel in der Türkei enormen Repressalien ausgesetzt sind. Von Recep Tayyip Erdoğan sind wir gewohnt, dass er politische Gegner als „Terroristen“ diffamiert. Von Unipräsident Heekeren hatten wir dagegen ein klares Bekenntnis zur Meinungsfreiheit erwartet.

Um eine einvernehmliche Lösung zu finden, haben wir uns in den letzten Tagen mit zahlreichen Gesprächsangeboten an die Universitätsverwaltung gewandt, die abgelehnt bzw. ignoriert wurden. Dieses skandalöse Vorgehen hat als Präzedenzfall eine enorme Tragweite: Nicht weniger als die Freiheit der Wissenschaft ist in Gefahr. Können in Zukunft überhaupt noch kritische Veranstaltungen an der Universität Hamburg durchgeführt werden? Oder ist nur noch Forschung und Lehre erwünscht, die den gesellschaftlichen Status Quo akzeptiert? Wir werden nicht hinnehmen, dass Geheimdienste diktieren können, welchen Inhalt wissenschaftliche Tagungen haben dürfen. Es liegt an uns allen, die akademische Freiheit zu verteidigen.

Wir fordern die Universitätsleitung eindringlich dazu auf, der Konferenz die Räume zur Verfügung zu stellen, die bereits vor langer Zeit zugesagt wurden. Diesen beispiellosen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit können wir nicht unbeantwortet lassen.

Wir wollen unsere Welt zurück! Und mit ihr unsere Uni!

ASTa Universität Hamburg | Network for an Alternative Quest



Wenn ihr unsere Forderungen unterstützt, schreibt uns an:
SozialeBewegung@asta.uni-hamburg.de